Plenartagung

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 24. bis 27. Oktober 2011

Parlament nimmt Ergebnisse des Europäischen Rates unter die Lupe. 4

Die Abgeordneten diskutieren mit Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso über die Ergebnisse des Gipfels der Staats- und Regierungschefs, der am 23. Oktober stattfinden wird.

EU-Haushalt 2012. 5

Nach vorhergehender Debatte wird das Parlament am Mittwoch seinen Standpunkt zum EU-Haushalt 2012 verabschieden. Die Abgeordneten setzen damit den Startschuss für die Haushaltsverhandlungen mit dem Finanzministerrat im Vermittlungsverfahren, das mit 21 Tagen befristet ist.

Neue Regeln für härteres Vorgehen gegen Kinderschänder und Internetpornographie. 6

Am Donnerstag stimmt das Parlament über neue Regeln ab, denen zufolge Kinderschändern und Betrachtern von kinderpornographischen Bilder im Internet harte Strafen bevorstehen und pornographische Webseiten EU-weit gelöscht werden müssen. Der von Parlament und Rat vereinbarte Gesetzesentwurf strebt zudem verstärkte Prävention und Hilfe für Opfer an.

Sacharow-Preis-Gewinner 2011 wird gewählt. 8

Der Gewinner des diesjährigen Sacharow-Preises für geistige Freiheit wird am Donnerstag, 27. Oktober, vom Parlamentspräsidenten Jerzy Buzek und den Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die drei Finalisten, eine Gruppe von fünf arabischen Aktivisten, Dzmitry Bandarenka und die Friedensgemeinde San José de Apartadó wurden am Donnerstag, 20. Oktober, von den Ausschüssen für Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte und Entwicklung nominiert.

Potenziale des Binnenmarkts für den Ausstieg aus der Krise nutzen 9

Die Parlamentarier werden am Dienstag Kommissar Barnier und Dalli sowie Kommissarin Kroes über die Binnenmarktakte vom Frühjahr 2011 befragen und darüber, wie man den EU-Binnenmarkt voll ausnutzt. Das Ausschöpfen des vollen Potenzials des Binnenmarktes könnte in den nächsten 10 Jahren zu einem Wachstum von circa 4 % des EU-Bruttoinlandsprodukts führen und damit den Mitgliedstaaten aus der Finanzkrise helfen.

Leichterer Zugang zu öffentlichen Aufträgen für KMU. 10

EU-Regeln sollen vereinfacht werden, um es für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) leichter zu machen, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Die Abstimmung über den Resolutionsentwurf findet am Dienstag statt.

Keine öffentlichen Mittel für die Mafia. 11

Mafiöse Organisationen sollen nicht auf EU-Mittel zugreifen können. Ein Resolutionsentwurf, über den am Donnerstag abgestimmt wird, sieht daher schärfere Regeln vor. Unternehmen mit Verbindungen zu organisiertem Verbrechen sollen durch neue Gesetze abgehalten werden, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen. Das Parlament soll zudem eine Sonderkommission einrichten. Sie soll untersuchen, wie kriminelle Organisationen den öffentlichen Sektor und die legale Wirtschaft unterwandern.

Asyl: Rechte von schutzbedürftigen Personen in EU-Ländern angleichen. 12

Pressedienst
Direktion Medien
Direktor - Sprecher : Jaume DUCH GUILLOT
Referenz-Nr.:20111014NEW29298
Press switchboard number (32-2) 28 33000

Angehörige von Drittstaaten, denen bei der Rückkehr in ihre Heimatländer schwerwiegende Gefahren wie Folter oder die Todesstrafe drohen, die aber nicht als Flüchtlinge gelten, sollen ähnliche Rechte wie anerkannte Flüchtlinge in den Bereichen Beschäftigung, Ausbildung, Bildung, Gesundheitsvorsorge und Unterkunft erhalten. Dies gelte für alle EU-Mitgliedstaaten laut revidierten Asylregelungen, über die am Donnerstag abgestimmt werden.

EU-Arbeitsmarkt für Bulgariens und Rumäniens Bürger öffnen. 13

Mitgliedstaaten werden aufgefordert, Bulgaren und Rumänen ab Ende 2011 auf den EU-Arbeitsmarkt zuzulassen. Über den Resolutionsentwurf wird am Dienstag abgestimmt.

Globale Economic Governance bedarf einer Reform 14

Die weltweite Koordinierung von Wirtschaftssystemen muss radikal reformiert werden wie Ungleichheiten im Handel, beschleunigtes oder langsames Wirtschaftswachstum und ein stark verflochtenes Bankensystem aufzeigen. Am Dienstag wird über einen Resolutionsentwurf abgestimmt, der eine Strukturreform des Internationalen Währungsfonds, das Ende von politischer Einmischung in Wechselkurse und Regeln zur Trennung von Spekulationsgeschäften und traditionellen Bankfunktionen fordert.

Abgeordnete fordern mehr Unterstützung für alleinerziehende Mütter 15

Die EU-Mitgliedstaaten sollen Familienzentren einrichten, in denen junge alleinerziehende Mütter ohne oder mit wenig Einkommen eine zeitweilige Unterkunft finden sowie Beratung und Bildungsangebote nutzen können. Im am Dienstag abzustimmenden Resolutionsentwurf werden außerdem Steuerfreibeträge und Kurse für Kindererziehung für Alleinerziehende vorgeschlagen.

Weitere Punkte auf der Tagesordnung. 16

.

Pressedienst (Brüssel) :
Ayla Sultan ÇIÇEK
BXL: (+32) 2 28 41009
STR: (+33) 3 881 74005
PORT: (+32) 498 98 13 37
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Michaela FINDEIS
BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Berlin) :
Jens POTTHARST
STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 17 257 196
EMAIL: jens.pottharst@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

Pressedienst (Wien) :
Huberta HEINZEL
STR: (+33) 3 881 74646
PORT: (+43) 676 55 03 126
EMAIL: huberta.heinzel@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06

http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/newsletter

Weitere Informationen:

- Tagesordnung
- Plenarsitzung live auf EuroparlTV
- Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live
- Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen live
- Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP (EN)

Parlament nimmt Ergebnisse des Europäischen Rates unter die Lupe

Die Abgeordneten diskutieren mit Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso über die Ergebnisse des Gipfels der Staats- und Regierungschefs, der am 23. Oktober stattfinden wird.

Themen des Europäischen Rates sind Wirtschaftspolitik, vor allem Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum der EU, sowie die Vorbereitungen für den nächsten G20-Gipfel.

Debatte: Donnerstag, 27. Oktober 2011
Verfahren: Stellungnahmen des Europäischen Rats und der Kommission

Weitere Informationen:

- Entwurf der erläuterten Tagesordnung des Europäischen Rates - Oktober 2011

EU-Haushalt 2012

Nach vorhergehender Debatte wird das Parlament am Mittwoch seinen Standpunkt zum EU-Haushalt 2012 verabschieden. Die Abgeordneten setzen damit den Startschuss für die Haushaltsverhandlungen mit dem Finanzministerrat im Vermittlungsverfahren, das mit 21 Tagen befristet ist.

Der Haushaltsausschuss war im Allgemeinen bemüht, den ursprünglichen Haushaltsvorschlag der Kommission wieder einzusetzen, nach den von den Finanzministern im Juli beschlossenen Kürzungen. Die Empfehlung des Haushaltsausschusses sieht eine Erhöhung der (bereits vertraglich zugesicherten) Zahlungen um 5,23 % gegenüber dem diesjährigen Haushalt vor, während die Zahlungsverpflichtungen (einschließlich der Mittel für die folgenden Jahre) um 3,95 % erhöht werden sollen.

Die wichtigsten Änderungen

Die vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen beinhalten Mehrausgaben für Palästina und den Friedensprozess im Nahen Osten, für Kontrollen an den EU-Außengrenzen im Mittelmeer, für den Umgang mit Flüchtlingsströmen, für Programme zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums im Rahmen der EU2020-Strategie, für Unterstützungszahlungen an Gemüseerzeuger und für Entwicklungshilfe für Asien und Südamerika.

In Wachstum investieren

Die Berichterstatterin des Parlaments für den Löwenanteil der EU-Ausgaben, Francesca Balzani (S&D, IT), warnte davor, die EU2020-Strategie nicht dem derzeitigen Sparkurs zu opfern. Investitionen für intelligentes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum seien notwendig, um Europa aus der Krise zu helfen. Der Ausschuss stimmte ihrer Forderung nach zusätzlichen 30 Mio. Euro für diesen Zweck zu.

Bescheidene Erhöhung des Parlamentshaushalts

Der Berichterstatter für den administrativen Teil an Haushaltsausgaben José Manuel Fernandes (EVP, PT) schlug im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag weitere Kürzungen im Haushalt des Parlaments vor. Dies würde eine bescheidene Erhöhung um 1,44 % zur Folge haben, bei gleichzeitiger Erhöhung des Leistungsumfangs, da der jüngste Vorschlag auch den Mehrkosten für die im Lissabonvertrag vereinbarten 18 zusätzlichen Abgeordneten Rechnung trägt.

Debatte: Mittwoch, 26. Oktober 2011
Abstimmung: Mittwoch, 26. Oktober 2011
Verfahren: Haushalt
Pressekonferenz: Mittwoch, 26. Oktober 2011 nach der Abstimmung

Eine Pressekonferenz ist unmittelbar nach der Abstimmung am Mittwoch, 26. Oktober 2011, angesetzt.

Weitere Informationen:

- Pressemitteilung nach der Abstimmung im Haushaltsausschuss vom 10.10.2011 (EN)
- Persönliche Daten der Berichterstatterin Francesca Balzani (S&D, IT)
- Persönliche Daten des Berichterstatters José Manuel Fernandes (EVP, PT)
- Legislative Beobachtungsstelle

Neue Regeln für härteres Vorgehen gegen Kinderschänder und Internetpornographie

Am Donnerstag stimmt das Parlament über neue Regeln ab, denen zufolge Kinderschändern und Betrachtern von kinderpornographischen Bilder im Internet harte Strafen bevorstehen und pornographische Webseiten EU-weit gelöscht werden müssen. Der von Parlament und Rat vereinbarte Gesetzesentwurf strebt zudem verstärkte Prävention und Hilfe für Opfer an.

Die vorgeschlagene Richtlinie zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie würde EU-weite gesetzliche Bestimmungen zur Prävention, Verurteilung von Straftätern und Opferschutz einführen.

Außerdem wären Mitgliedstaaten verpflichtet, Webseiten mit kinderporno-graphischem Inhalt umgehend zu löschen, oder falls dies nicht möglich wäre, Mitgliedstaaten zu erlauben, den Zugang unter bestimmten Bedingungen zu sperren.

Europaweite Strafen

Der Text schlägt Mindeststrafen für 20 Straftaten vor - weit mehr als gewöhnlich in der EU-Gesetzgebung. Die Abgeordneten setzten sich für härtere Strafen innerhalb der EU ein, insbesondere in Missbrauchfällen von Vertrauenspersonen oder Personen mit Entscheidungsbefugnis über oder Einfluss auf das Kind wie zum Beispiel Familienmitglieder, Erziehungsberechtigte oder Lehrer.

Kinder in die Prostitution oder zu sexuellen Handlungen zu zwingen wird beispielsweise mit mindestens 10 Jahren Gefängnis bestraft. Produzenten von Kinderpornographie erwartet eine Gefängnisstrafe von mindestens drei Jahren, und sich pornographisches Material von Kindern im Internet anzusehen, wird mit mindestens einen Jahr bestraft.

Verurteilte Sexualstraftäter können zudem ein vorübergehendes oder permanentes Berufsverbot für die Arbeit mit Kindern in allen EU-Ländern erhalten.

Online-"Grooming"

Online-"Grooming" - das ist die Kontaktnahme zu einem Kind über das Internet mit der Absicht des sexuellen Missbrauchs - und Kindersextourismus würden EU-weit zu einer Straftat, sollte das Vergehen in einem der Mitgliedstaaten oder von einem EU-Bürger im Ausland begangen werden.

Hilfe für die Opfer

Der Vorschlag beinhaltet zudem neue Bestimmungen zum Opferschutz und zur Unterstützung der Betroffenen.

Die Mitgliedstaaten haben nach Annahme der Richtlinie zwei Jahre Zeit, sie in ihre jeweilige nationale Gesetzgebung zu umsetzen.

Debatte: Mittwoch, 26.Oktober 2011
Abstimmung: Donnerstag, 27.Oktober 2011
Verfahren: Mitentscheidung, Abkommen in erster Lesung
Pressekonferenz: Donnerstag, 27. Oktober 2011, 14 Uhr

Eine Pressekonferenz mit der Berichterstatterin Roberta Angelilli und Kommissarin Cecilia Malmström ist für Donnerstag um 14 Uhr angesetzt.

Weitere Informationen:

- Vereinbarter Text des Richtlinienvorschlags
- Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss (12.07.2011)
- Fragen und Antworten zur Entfernung und Sperrung von Kinderpornographie im Internet, 12.07.2011 (EN)
- Persönliche Daten der Berichterstatterin Roberta Angelilli (EVP, IT)
- Legislative Beobachtungsstelle

Sacharow-Preis-Gewinner 2011 wird gewählt

Der Gewinner des diesjährigen Sacharow-Preises für geistige Freiheit wird am Donnerstag, 27. Oktober, vom Parlamentspräsidenten Jerzy Buzek und den Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die drei Finalisten, eine Gruppe von fünf arabischen Aktivisten, Dzmitry Bandarenka und die Friedensgemeinde San José de Apartadó wurden am Donnerstag, 20. Oktober, von den Ausschüssen für Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte und Entwicklung nominiert.

Präsident Buzek wird den Preis während der Plenarsitzung am 14. Dezember in Straßburg verleihen.

Ankündigung: Donnerstag, 27.Oktober 2011
Verfahren: Entscheidung der Konferenz der Präsidenten

Weitere Informationen:

- Kandidatenliste des Sacharow-Preises 2011

Potenziale des Binnenmarkts für den Ausstieg aus der Krise nutzen

Die Parlamentarier werden am Dienstag Kommissar Barnier und Dalli sowie Kommissarin Kroes über die Binnenmarktakte vom Frühjahr 2011 befragen und darüber, wie man den EU-Binnenmarkt voll ausnutzt. Das Ausschöpfen des vollen Potenzials des Binnenmarktes könnte in den nächsten 10 Jahren zu einem Wachstum von circa 4 % des EU-Bruttoinlandsprodukts führen und damit den Mitgliedstaaten aus der Finanzkrise helfen.

Die Kommission folgte im April 2011 der Forderung des Parlaments, eine Binnenmarktakte vorzulegen. Der ambitionierte Aktionsplan soll dem Binnenmarkt vor seinem 20. Geburtstag 2012 einen neuen Aufschwung verleihen.

Die Binnenmarktakte enthält zwölf Hebel für stärkeres Wachstum und ein größeres Vertrauen von Bürgern und Industrie: Finanzierungsmöglichkeiten für KMU, Mobilität der Bürger, Rechte des geistigen Eigentums, Verbraucher als Akteure des Binnenmarkts, Dienstleistungen, Netze, digitaler Binnenmarkt, soziales Unternehmertum, Steuern, sozialer Zusammenhalt, Regulierungsumfeld der Unternehmen sowie öffentliches Auftragswesen.

Debatte: Dienstag, 25. Oktober 2011
Verfahren: Fragestunde für Anfragen an die Kommission

Weitere Informationen:

- Die Binnenmarktakte
- Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss, 17.03.2011 (EN)
- Pressemitteilung über die Abstimmung im Ausschuss, 29.04.2011 (EN)

Leichterer Zugang zu öffentlichen Aufträgen für KMU

EU-Regeln sollen vereinfacht werden, um es für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) leichter zu machen, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Die Abstimmung über den Resolutionsentwurf findet am Dienstag statt.

Kleine Unternehmen erhalten weniger öffentliche Aufträge, als es ihr Anteil an der Wirtschaft vermuten lässt. Das liegt am derzeitigen öffentlichen Vergaberecht. Die Teilnahme an Ausschreibungen ist oft mühsam und kostspielig.

Der nicht-legislative Bericht von Heidi Rühle (Grüne, DE) schlägt einen "elektronischen Vergabeausweis" vor, mit dem kleine Unternehmen einfacher an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen können. Dieser soll bestätigen, dass der Besitzer alle nach den EU-Rechtsvorschriften über öffentliche Aufträge erforderlichen Bedingungen erfüllt.

Erweiterte Kriterien

Die Abgeordneten "vertreten die Ansicht, dass das Kriterium des niedrigsten Preises nicht mehr das ausschlaggebende Kriterium bei der öffentlichen Auftragsvergabe sein sollte". Es sollte ersetzt werden durch das "Kriterium des wirtschaftlich günstigsten Angebots in Bezug auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Vorzüge, unter Einbeziehung der gesamten Lebenszykluskosten für die jeweiligen Waren, Dienstleistungen und Arbeiten".

Sollten die Kriterien erweitert und Alternativangebote (oder Varianten) systematisch zugelassen werden, so hätten die Antragsteller die Möglichkeit, innovative Lösungen vorzuschlagen. Somit könnten KMU ihre Position verstärken.

Die Resolution ist eine Antwort des Parlaments auf ein Grünbuch der Kommission vom 27. Januar 2011. Sie umreißt die Position des Parlaments im Vorfeld eines Legislativvorschlags, den die Kommission diesen Herbst vorlegen muss, um die EU-Regeln zum öffentlichen Vergaberecht zu überarbeiten.

Debatte: Montag, 24. Oktober 2011
Abstimmung: Dienstag, 25. Oktober 2011
Verfahren: Nicht-legislative Resolution
Pressekonferenz: Dienstag, 25. Oktober, 16 Uhr

Eine Pressekonferenz mit der Berichterstatterin Heide Rühle und weiteren Abgeordneten findet am Dienstag um 16 Uhr statt.

Weitere Informationen:

- Bericht über die Modernisierung im Bereich des öffentlichen Auftragswesens
- Persönliche Daten der Berichterstatterin Heide Rühle (Grüne/EFA, DE)
- Legislative Beobachtungsstelle
- Pressmitteilung über die Abstimmung im Ausschuss, 27.09.2011 (EN)
- Grünbuch der Kommission zum öffentlichen Vergaberecht

Keine öffentlichen Mittel für die Mafia

Mafiöse Organisationen sollen nicht auf EU-Mittel zugreifen können. Ein Resolutionsentwurf, über den am Donnerstag abgestimmt wird, sieht daher schärfere Regeln vor. Unternehmen mit Verbindungen zu organisiertem Verbrechen sollen durch neue Gesetze abgehalten werden, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen. Das Parlament soll zudem eine Sonderkommission einrichten. Sie soll untersuchen, wie kriminelle Organisationen den öffentlichen Sektor und die legale Wirtschaft unterwandern.

Die organisierte Kriminalität, insbesondere die mit mafiöser Struktur, nutzt die Globalisierung, den Wegfall der Grenzen innerhalb der EU und die unterschiedlichen Gesetze der Mitgliedstaaten zu ihren Gunsten aus, um erhebliche Profite zu erzielen und gleichzeitig ungestraft davonzukommen. Das ist möglich, weil sich die organisierte Kriminalität ein Netz der Zustimmung und Unterstützung geschaffen hat, heißt es im Resolutionsentwurf.

Fördermittel, die vollständig rückverfolgbar sein müssen

Um zu verhindern, dass mafiöse Organisationen EU-Mitteln missbrauchen, soll die Kommission notwendige Vorschriften für deren Rückverfolgbarkeit durch Institutionen, Bürger und Presse festlegen. Neue Regeln sind auch notwendig, um zu verhindern, dass Unternehmen, die mit der organisierten Kriminalität und der Mafia verbunden sind, an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen.

Sonderkommission des Parlaments

Die Mitglieder des Parlaments schlagen die Einrichtung einer Sonderkommission vor. Sie soll die "Verseuchung der legalen Wirtschaft und des Finanzwesens" untersuchen und der Frage nachgehen, wie kriminelle Vereinigungen öffentliche Mittel missbrauchen und den öffentlichen Sektor unterwandern.

Keine mafiösen Parlamentarier

Schließlich sollen neue Vorschriften festgelegt werden, die verurteilte Mitglieder krimineller Organisationen von einer Kandidatur beim Europäischen Parlament ausschließen.

Verfahren: Montag, 24. Oktober 2011
Abstimmung: Dienstag, 25. Oktober 2011
Verfahren: Nicht-legislative Resolution

Weitere Informationen:

- Berichtsentwurf über die organisierte Kriminalität in der Europäischen Union
- Pressemitteilung über die Abstimmung im Ausschuss (29.09.2011)
- Persönliche Daten der Berichterstatterin Sonia Alfano (ALDE, IT)
- Legislative Beobachtungsstelle

Asyl: Rechte von schutzbedürftigen Personen in EU-Ländern angleichen

Angehörige von Drittstaaten, denen bei der Rückkehr in ihre Heimatländer schwerwiegende Gefahren wie Folter oder die Todesstrafe drohen, die aber nicht als Flüchtlinge gelten, sollen ähnliche Rechte wie anerkannte Flüchtlinge in den Bereichen Beschäftigung, Ausbildung, Bildung, Gesundheitsvorsorge und Unterkunft erhalten. Dies gelte für alle EU-Mitgliedstaaten laut revidierten Asylregelungen, über die am Donnerstag abgestimmt werden.

Der ausgehandelte Deal mit dem Rat stellt einen ersten Schritt zu einem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem bis 2012 dar.

Die EU-Länder haben sich verpflichtet, bis 2012 ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem einzuführen. Diese Regeln sind die ersten von sechs "Asylpaket"-Vorschlägen, über die sich Parlament und Rat einigen müssen.

Debatte: Mittwoch, 26. Oktober 2011
Abstimmung: Donnerstag, 27. Oktober 2011
Verfahren: Mitentscheidung, Abkommen in erster Lesung

Weitere Informationen:

- Text des Abkommens
- Persönliche Daten des Berichterstatters Jean Lambert (Die Grünen/EFA, UK)
- Legislative Beobachtungsstelle

EU-Arbeitsmarkt für Bulgariens und Rumäniens Bürger öffnen

Mitgliedstaaten werden aufgefordert, Bulgaren und Rumänen ab Ende 2011 auf den EU-Arbeitsmarkt zuzulassen. Über den Resolutionsentwurf wird am Dienstag abgestimmt.

Außerdem beklagt der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, dass manche Mitgliedstaaten derzeit Gesetze vorschlagen, um den Zugang zum Arbeitsmarkt für Bürger einiger anderer EU-Länder wieder zu beschränken. Solche Beschränkungen seien kontraproduktiv und diskriminierend gegenüber EU-Bürgern, so die Abgeordneten in dem Resolutionsentwurf zur Förderung der Mobilität der Arbeitnehmer innerhalb der Europäischen Union.

Debatte: Montag 24. Oktober 2011
Abstimmung: Dienstag, 25. Oktober 2011
Verfahren: Nicht-legislative Resolution

Weitere Informationen:

- Entwurf einer Resolution zur Förderung der Mobilität der Arbeitnehmer innerhalb der EU
- Persönliche Daten des Berichterstatters Traian Ungureanu (EVP, RO)
- Legislative Beobachtungsstelle

Globale Economic Governance bedarf einer Reform

Die weltweite Koordinierung von Wirtschaftssystemen muss radikal reformiert werden wie Ungleichheiten im Handel, beschleunigtes oder langsames Wirtschaftswachstum und ein stark verflochtenes Bankensystem aufzeigen. Am Dienstag wird über einen Resolutionsentwurf abgestimmt, der eine Strukturreform des Internationalen Währungsfonds, das Ende von politischer Einmischung in Wechselkurse und Regeln zur Trennung von Spekulationsgeschäften und traditionellen Bankfunktionen fordert.

Debatte: Montag, 24.Oktober 2011
Abstimmung: Dienstag, 25.Oktober 2011
Verfahren: Nicht-legislative Resolution

Weitere Informationen:

- Resolutionsentwurf zur globalen wirtschaftlichen Governance
- Persönliche Daten des Berichterstatters Gunnar Hökmark (EVP, SE)
- Legislative Beobachtungsstelle

Abgeordnete fordern mehr Unterstützung für alleinerziehende Mütter

Die EU-Mitgliedstaaten sollen Familienzentren einrichten, in denen junge alleinerziehende Mütter ohne oder mit wenig Einkommen eine zeitweilige Unterkunft finden sowie Beratung und Bildungsangebote nutzen können. Im am Dienstag abzustimmenden Resolutionsentwurf werden außerdem Steuerfreibeträge und Kurse für Kindererziehung für Alleinerziehende vorgeschlagen.

Debatte: Montag, 24. Oktober 2011
Abstimmung: Dienstag, 25. Oktober 2011
Verfahren: Nichtlegislative Resolution

Weitere Informationen:

- Berichtsentwurf über die Situation alleinerziehender Mütter
- Persönliche Daten der Berichterstatterin Barbara Matera (EVP, IT)
- Legislative Beobachtungsstelle

Weitere Punkte auf der Tagesordnung

.

- Small Business Act
- Mobilität und Integration von Menschen mit Behinderung
- Gegenseitige Auswertung im Rahmen der Dienstleistungsrichtlinie
- Alternative Streitbeilegung in Zivil-, Handels- und Familiensachen
- Viertes Hochrangiges Forum für Wirksamkeit von Entwicklungshilfe
- Europäisches Semester 2011: Erste Erkenntnisse
- Stand der Richtlinie zum Mutterschaftsurlaub
- Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten
- Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten
- Abkommen Vereinigte Staaten/EG über die Förderung, Bereitstellung und Nutzung der Satellitennavigationssysteme Galileo und GPS
- Einrichtung eines gemeinsamen Neuansiedlungsprogramms der EU
- Situation im Jemen, in Bahrain, Syrien, und Ägypten
- Aktuelle Entwicklungen in der Ukraine
- Resolution zur Antibiotikaresistenz
- Entlastung 2009: Europäische Polizeiakademie
- Entlastung 2009: Europäische Arzneimittel-Agentur
- Reifen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern
- Gemäß dem Flexibilitätssystem in Verkehr gebrachte Motoren
- Haushaltsordnung für den Jahreshaushaltsplan